

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862**

6.12.1862 (No. 287)



zung im Einvernehmen mit der Regierung von Frankreich und Rußland; aber diese drei mächtigen und freundlich gesinnten Regierungen haben gesehen, daß ihr Rath vernachlässigt blieb, und daß in den Unterdrückungen und Ungleichheiten, über die man Klage geführt hatte, nur geringe Milderung eintrat. Es ist daher notwendig geworden, irgend einen andern Weg anzudeuten und zu wählen.

Da die Dinge so stehen, lassen sich verschiedene Wege einschlagen: — Erstens, den jetzigen Zustand der Unruhe und Gefahr fortbauern zu lassen, bis er zu irgend einer heftigen Explosion führt. Zweitens, eine gemeinsame Verfassung einzuführen, die dem deutschen Element mehr Gewicht einräumt, als ihm nach der bloßen Seelenzahl zukommen würde. Drittens, Schleswig in zwei Theile zu trennen, deren einer deutsch und in enger Verbindung mit Holstein bleiben, und der andere dänisch und in Dänemark einverleibt werden solle, und vier- tens, einen Plan auf die von mir vorgeschlagenen Grundlagen anzunehmen.

Der letzte dieser Auswege ist nach dem Dafürhalten der englischen Regierung der Integrität und Unabhängigkeit Dänemarks am günstigsten, und daher mit dem Vertrag von London am meisten im Einklang. Hr. Hall läßt J. Maj. Regierung Gerechtigkeit widerfahren, wenn er sagt, er glaube nicht, daß ich die Absicht habe, die Gesinnungen der Sympathie und aufrichtigen Theilnahme, die ich stets für Dänemark zu erkennen gab, abzuschwächen oder mich mit denselben in Widerspruch zu setzen. J. Maj. Regierung aber ist verpflichtet, die Stellung Dänemarks zu erwägen, ohne sich von jenen Leidenschaften bestimmen zu lassen, die im Lauf einer langen Zwischenzeit bei allen Betheiligten die Oberhand gewonnen haben mögen. Auch steht J. Maj. Regierung mit dieser Anschauung nicht allein; denn Rußland theilt die Ansichten Großbritanniens, und Frankreich hält sie der ernstesten Erwägung würdig. J. Maj. Regierung darf daher nur die Hoffnung aussprechen, daß die Stimme unparteiischer Freunde selbst mitten im Sturm der Kontroverse Gehör finden, und daß dieser lange und bittere Streit endlich in einer den Interessen und der Ehre aller Betheiligten entsprechenden Weise geschlossen werden möge. J. Maj. Regierung ist der Zuversicht, daß das Aufheben dieses langwierigen Haders den festen Bestand und die Unabhängigkeit Dänemarks vergrößern und verschärfen wird. Ich ersuche Sie, diese Depesche Hr. Hall vorzulesen, und ihm eine Abschrift derselben zu lassen. Ich bin u. R u s s e l l.

### Deutschland.

**Karlsruhe, 5. Dez.** Heute sind zwei Nummern des Regierungsblatts erschienen. Nr. 60 enthält eine Bekanntmachung des großh. Finanzministeriums: **Verordnung, die Befestigung der Ausländer, welche im Großherzogthum, ohne eine ständige Niederlassung dasselbst zu haben, Handel oder Gewerbe treiben, betreffend.**

Nr. 61 enthält: I. Unmittelbare allerhöchste Entschlüsse von Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs. Die Aufhebung des katholischen Oberkirchenraths betreffend. Diefelbe ist vom 1. d. M. und enthält folgende Bestimmungen:

§. 1. Der katholische Oberkirchenrath ist aufgehoben. Der Tag seiner Geschäftseinstellung wird durch besondere Entschlüsse des Ministeriums des Innern bekannt gemacht werden.

§. 2. Die dem katholischen Oberkirchenrath bisher obgelegenen Geschäfte gehen, insoweit dieselben nicht durch unsere Verordnung vom 20. November 1861 — die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens betreffend — dem katholischen Oberkirchenrath, und jene vom 12. August d. J. — die Beaufsichtigung und Leitung des Schulwesens betreffend — dem Oberschulrath zugewiesen sind, und vorbehaltlich der Bestimmung des §. 3 an das Ministerium des Innern über.

§. 3. Soweit bisher nicht kirchliche katholische Fonds dem katholischen Oberkirchenrath zur Verwaltung zugewiesen waren, wird diese einstweilen dem katholischen Oberschulrath übertragen, der solche im Namen und unter Aufsicht der großh. Staatsregierung besorgen wird.

§. 4. Das großh. Ministerium des Innern ist mit dem weitem Vollauf dieser Verordnung beauftragt.

II. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des großh. Ministeriums des Innern. Die Aufhebung des katholischen Oberkirchenraths und die Errichtung des katholischen Oberschulraths betreffend. (Bereits mitgetheilt.)

Tomniance, die nicht das Ergebnis reiflicher Erwägung schien. An natürlichen Hilfsmitteln kommt Hr. Devrient vornehmlich ein kräftiges, klangvolles und wohlgehaltenes Organ zu Statten. Seine Hauptstärke liegt wohl im Salonfach, wozu ihn eine elegante, weltmännlich umgezogene Tenorstimme vorzugsweise geeignet erscheinen läßt. Nichts Künstliches, das ihn ein Zwiel wie ein Zweenig stets glücklich vermeiden läßt, ist sämtlichen Leistungen des Sängers nachzurufen. Unter Allen am meisten fanden wir uns von jener als Graf Paul Scharfeneck (Majoratserbe) angesprochen. Hier trat der Darsteller am gelungensten den Ton warmer Empfindung. Räter schien und ließ Hr. Devrient in der Rolle des Baron Glutten (Das letzte Mittel); er traf den Ton des halbverweifelten Humors nicht so völlig, wie z. B. jenen der edeln Aufwallung, der trauernden Resignation, des unwillkürlich hervortretenden Gefühls in andern Rollen. Von frischer, lebenswahrer Zeichnung war die bei aller ungeschlachten Natürlichkeit unverkennbar zu Tage tretende innere Lüstigkeit und Lebenswürdigkeit in Goldhaus (Günstige Vorzeichen). Den Richard Wanderer spielte Hr. Devrient unstreitig sehr brav, aber doch nur so, wie ein junges, wohlgehaltenes, frechjames Talent, das aber die Liebe aus eigener Erfahrung noch nicht kennt, eine dankbare Liebhaberrolle spielen wird. Nicht, daß es irgend am richtigen Geschnitten des Gesangs und Einzelnen fehlte, im Gegentheil, es ist Alles recht gut und schön, es gebührt nur eben an jenem gewissen je ne sais quoi, das nur die eigene Bekanntschaft mit der Sache geben kann und dessen Vorhandensein oder Nichtvorhandensein Jeder alsbald herausfühlt, ohne sich immer genau darüber Rechenschaft geben zu können, worin es eigentlich liegt. Wir meinen, Richard Wanderer wird zur vollen und wirksamsten Geltung am sichersten durch einen solchen Darsteller gelangen, der, die übrigen Erfordernisse selbstverständlich vorausgesetzt, selbst etwas weniger künstlich vorabumbirt hat oder doch Anlage dazu besitzt und mit dergleichen Naturen längere Zeit verkehrt und sich gleichsam in ihr Wesen eingelebt hat. — In Schiller's „Tell“

**Karlsruhe, 4. Dez.** Das heute erschienene Evangel. protest. Verordnungsblatt enthält: I. Verordnungen. 1) des evangel. Oberkirchenraths, die Verwaltung und das Rechnungswesen des örtlichen evangel. Kirchenvermögens betreffend; 2) des großh. Finanzministeriums, den Bau evangel. Kirchen betreffend. Von dem evangel. Oberkirchenrath mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß deren Bestimmungen auch in den Fällen, wo nicht das großh. Domänenräth, sondern ein dritter, namentlich ein kirchlicher Fond baupflichtig ist, beachtet werden sollen.

II. Bekanntmachung des evangel. Oberkirchenraths, das Ergebnis der diesjährigen Späthjahrsprüfung der Kandidaten der Theologie betreffend. (Schon mitgetheilt.)

III. Stiftungen. IV. Todesfall. Gestorben ist am 12. Nov. l. J. Pfarrer Gebhardt in Niederreggenen.

**Frankfurt, 4. Dez.** Die heute fällige Bundestags-Sitzung ist abbestellt und Hr. v. Ubedom zeitig davon benachrichtigt worden, so daß er noch einige Tage länger in Berlin verbleiben wird. Der Ausfall der heutigen Sitzung ist also nicht Folge der Abwesenheit des preussischen Gesandten; dem Vernehmen nach hat heute eben der hohen Versammlung nichts Verhandlungswürdiges vorgelegen.

**Frankfurt, 4. Dez.** Das heutige hiesige „Amtsblatt“ veröffentlicht das Einführungs-gesetz zum allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch.

**Mainz, 4. Dez.** Bei der heute stattgefundenen Wahl eines Deputirten wurde Dr. Dumont (dessen Wahl von der Kammer ungültig erklärt worden war) wieder einstimmig als Vertreter von Mainz gewählt.

**Aus Karlsruhe, Ende Nov.** Folgende Mittheilung der „Allg. Ztg.“ dürfte bei der Wichtigkeit des zwischen Generalleutnant v. Haynau und Hauptmann a. D. Dörr zu Tag gekommenen Konflikts von Interesse sein:

Aus der Broschüre „Staatsdiener und Staatsgewalt“ der Gegenwart“, in welcher der Generalleutnant v. Haynau als ehemaliger Kriegsminister und Divisionär, sowie als Offizier angegriffen wird, erfahren wir, daß eine geheime Ordre existirt, welche bei den Kommandeuren der Regimenter hinterlegt ist. Bei seiner Ernennung erhält jeder Offizier davon Einsicht, und muß diese Einsichtnahme schriftlich bezeugen. Die Ordre befragt, daß sein Vorgesetzter eine aus Vorfallenheiten des Dienstes hervorgegangene Ausforderung von einem Untergebenen weder annehmen soll noch darf, weil es Pflichtvergessenheit sein würde, eine Dienstsache dadurch zur Privatangelegenheit zu machen u. s. w. Diese Ordre datirt aus dem Jahr 1846, und ist, obgleich damals die volle Ministerverantwortlichkeit existirte, von dem Kriegsminister nicht kontrahirt worden. Trotzdem wird sie von den Kriegesgerichten als zu Recht bestehend anerkannt, und kommt in betreffenden Fällen zur Anwendung. Diese Ordre erfährt in der Zuschrift nach allen Richtungen eine sehr eingehende Würdigung. Unter Anderem heißt es in der Zuschrift: „Wie weit nun der Widerspruch der Ordre und der daraus entstehende Anstoß gehen kann, zeigt ein früherer Konflikt desselben Generalleutnants v. Haynau mit dem pensionirten und seit Jahren auf seinen Gütern lebenden Major v. S., einem Mann von 70 Jahren und gebrechlicher Gesundheit, der einen Sohn als Hauptmann in der Artillerie (Leibgarde) hat. Dilem Leptern wird der General v. Haynau bei einer dinstlichen Werbung Mangel an Erziehung und Bildung vor, worauf ihn der Vater auf Pflichten forciert, aber statt aller Gemüthsruhe wegen Insubordination, trotz seines Alters, vier Monate Einperrung auf der Festung Spangenberg erhielt. Das sind auch Begriffe von Subordination!“ Die Zuschrift hebt noch hervor: „daß in praxi bis jetzt nur der General v. Haynau diese Ordre für zweckmäßig befunden habe, indem sich derselbe bereits zweimal auf sie berufen und jedesmal die von ihm Beleidigten damit auf die Festung beschiedert habe.“ Im Allgemeinen scheint man auf die Broschüre innerhalb des Offiziersandes Werth zu legen, da die individuellen Ansichten des Verfassers mit großer Mäßigung vorgebracht und durch Thatfachen belegt sind. Daß sich der Verfasser auf die Aufforderung des Generals v. Haynau nicht nennt, findet man sehr natürlich, da man nicht wissen kann, ob Hr. v. Haynau, anstatt sich zu schlagen, nicht auch diesmal vorgehen würde, den Verfasser wegen Beleidigung in Beziehung auf den Dienst vor Gericht zu stellen.

**Kassel, 3. Dez.** Auf die Erklärungen des Hrn. Generalleutnants v. Haynau bringt die „Hess. Morgztg.“ folgende Antwort:

Daß Sie, Herr General, nach den vielen und schweren Schicksalen, die

wurde Arnold von Weichthal durch Hrn. Devrient vorzüglich, mit lebendigem, warmem Ausdruck gespielt. Ziehen wir die Summe des Erfolgs von Hrn. Devrient's Gastspiel, so stellt sich das Ergebnis als ein günstiges heraus. Die bisherigen Fortschritte lassen auch noch günstige erwarten. Stets aber werden seine Leistungen, fortsetzt bis ins Kleinste, wie sie sind, als Ergebnis des berechnenden Verstandes auch in höherem Grade dem Verstand Genüge thun, als sie das Gemüth zu ergreifen vermögen werden.

Was die Darstellung des „Wilhelm Tell“ durch Hrn. Schneider betrifft, so können wir uns mit jenem Vortrag des berühmten Monologs und seinem Spiel bei demselben nicht einverstanden erklären. Es ist dies bekanntlich eine Stelle, die zu ihrer großen Schwierigkeit wegen, gleichwie Göthe's Mephisto, von verschiedenen Künstlern verschieden aufgefaßt, von einem und demselben im Verlauf seines Künstlerlebens häufig auf verschiedene Weise probirt wird. Hier wie dort führt mehr als ein Weg nach Rom; der jüngst von Hrn. Schneider betretene aber scheint uns ein Irrweg zu sein. Diese Art unruhigen Hin- und Herbewegens, der ganze Ton des Vortrags schien uns eher dem modernen Konversationsgenre als dem klassischen Drama angemessen. Anders Erachtens sollte aus Tell's Ton und Wesen an dieser Stelle eine Art Misstrauensbewußtsein hervortreten, wie es uns der Dichter namentlich in den Worten: „Es lebt ein Gott, zu strafen und zu rächen!“ in unzweideutiger Weise ausgesprochen zu haben scheint. Demgemäß müßte Vortrag und Haltung während des Gesangs einen gewichtigen und einheitlichen Ton und Charakter erhalten. — Attinghausen dürfte in der Ertelbeszene das Organ etwas gedämpfter vernehmen lassen, hatte im Lebigen aber in Hrn. Rebe einen völlig würdigen Repräsentanten, ebenso Staufacher in Hrn. Lange, obwohl diese Rolle keiner jener Sattungen angehört, in welchen wir Hrn. Lange sonst auftreten sehen. Hr. God gab den Gespieler der Zeichnung des Dichters so ziemlich entsprechend.

Sie den kurbessischen Offizieren haben bereiten helfen, heute noch an deren Spitze stehen, mag seine zwei Seiten haben; daß Sie aber nach den Vorgängen mit v. B. und v. Ep. noch auf der Bühne bleiben, Ihr System von neuem beginnen, vor Ihrer Stellung in einer Weise Gebrauch machen, wozu Sie weder ein Recht noch eine Befugniß haben, daß hat nur eine Seite. Und eben diese Seite, sowie das große Interesse, mit dem ich länger als 30 Jahre dem Offizierscorps ausschließlich angehört und gelebt habe, hat mich veranlaßt, die Broschüre „Staatsdiener und Staatsgewalt“ zu schreiben, deren Wahrheit selbst durch Ihre beiden Erklärungen, in Betreff meiner Ehrenhaftigkeit, bewiesen wird. Meine Anonymität haben Sie unbedingt verurtheilt, ohne daran zu denken, daß eine Anonymität unter Umständen recht kräftige Gründe haben kann, und darauf alsdann eine Erklärung gestützt, die Ihren Charakter aufs neue kennzeichnet. Denn ohne sie (die Anonymität) hätten Sie mich jetzt zweifelsohne bereits vernichtet, wenn ich — Ihr Untergebener wäre. Und warum? Weil ich gegen Sie gesprochen, andere Ansichten und andere Grundsätze habe wie Sie, was Sie nach dem Staatsdienstgesetz, das unter Ihrem Ministerium gegeben ist, nicht zu dulden brauchen und nicht gebildet haben würden. Mein Schicksal hätte ganz in Ihrer Hand gelegen. Sie sehen also, daß man anonym sein kann, ohne deshalb sofort ehlos zu sein. Nach meiner Erklärung vom 21. Nov. c. war ich aber nicht mehr anonym für Sie, sobald Sie es nur wollten. Daß Sie es nicht gewollt haben, ist Ihre Sache. Waren Sie aber nicht in der Lage, meine durchaus gerechtfertigten Bedingungen zu erfüllen, nun mit welcher Logik oder mit welchem Recht konnten Sie dann aber jene Erklärung abgeben? Aus bloßem Belieben also, ohne allen vernünftigen Grund, und weil es Ihnen so gerade zweckmäßig schien. Vielleicht aber wollten Sie, zum warnenden Beispiel für Andere, schnell den Sprecher vernichten, und glaubten, damit auch über das Gesprochene hinwegzukommen. Doch darüber werden Sie sich leicht eines Andern belehren können, wenn Sie das Damoklesschwert entfernen, das nach Ihrem Staatsdienstgesetz von 1861, nach den eigenthümlich sein sollenden Redereien, welche die Wiederangeklagten haben ausstellen müssen, stets über den Häuptern der Offiziere schwebt, damit diese, wie es freit und Ehrenmännern gestattet sein muß, ihre Ansicht und ihr Urtheil ungekräftet aussprechen können; der Gegenlag zwischen uns wird damit bald gelöst sein. Ich habe mit keinem Ihrer Offiziere jemals über die Broschüre gesprochen, bis sie erschienen war; aber davon halte ich mich fest überzeugt, daß jedem unbefangenen Offizier, der sie liest, hoch und hörbar das Herz an die Rippen pocht, wenn er denkt, auch so handeln zu sollen, wie Sie gegen v. B. und v. Ep., und daß das in der Ehre seines Standes und im Interesse des oberkriegsherrlichen Dienstes liegen solle. Ueberhaupt aber bin ich der Ansicht, daß es für Sie sich weit mehr darum handelte, was ich geschrieben, als daß ich geschrieben habe. Daß ich nur Wahrheit geschrieben, will ich mit Ihrem Offizierscorps beweisen. Auch habe ich die Grundlosigkeit darzulegen, mit welcher Sie meine Anonymität als Grundlage zu Ihren Erklärungen genommen haben, und Sie können es daher selbst nur bedauern, das ganze Gewicht und Ansehen Ihrer Stellung daran gewagt zu haben. Und da Sie endlich gar nicht in der Lage sind, meine Ehrenhaftigkeit (auch ohne meinen Namen) anzuweisen, bevor Sie nicht Ihre eigene erst in Sicherheit gebracht, so würden mich Ihre beiden Erklärungen, da sie keinen Sinn und folglich auch keine moralische Kraft haben, nicht im geringsten affizieren, auch wenn ich nicht bereit wäre, meinen Namen zu nennen. Ich sehe sie daher mehr als eine Art von Uebereilung an, und bin Ihr gehorsamer Diener.

Kassel, den 2. Dezember 1862. Dörr, Hauptmann a. D.

**Kassel, 3. Dez.** Das auf telegraphischem Wege bereits angezeigte Schreiben, in welchem der Vorstand des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, Staatsrath v. Dehn-Röfeler, die bekannte Depesche des preussischen Staatsministers v. Bismarck beantwortet hat, lautet nach der „Kassel. Ztg.“ wie folgt:

Eure Excellenz gebrüht Schreiben vom 24. v. M. bin ich nunmehr in den Stand gesetzt, Namens der kurfürstlichen Regierung in Nachfolgendem ganz ergebnis zu beantworten:

Eure Excellenz unterstellen einen Konflikt zwischen der kurbessischen Regierung und dem gegenwärtigen Landtag, erwähnen, daß das in der kurfürstlichen Verordnung vom 21. Juni d. J. gegebene Wort bestimmt die Beilegung des Streits habe erwarten lassen, und stellen in Verbindung hiermit gewisse Maßregeln in Aussicht, welche das Interesse Preussens erheischen soll.

Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich hier die Ueberzeugung ausspreche, daß die Auffassung der Sachlage, wie sie sich in dem gebrühten Schreiben Eure Excellenz kund gibt, auf einer mangelhaften Information beruht.

Der Bundesbeschluß vom 24. Mai l. J. ist, wie wohl nicht leicht bestritten werden wird, in einem wesentlichen Punkt unbestimmt: er hat die Frage nicht gelöst, ob der nächste Landtag nur ein ad hoc, zur Vereinbarung des neuen Wahlgesetzes, berufen, oder ein zur Vornahme von Landtagsgeschäften überhaupt zuhändiger sein solle.

Die landesgesetzliche Verfindung vom 21. Juni l. J. hat diese Frage ebenfalls offen gelassen und dessen Lösung der Praxis vorbehalten. Es wird von der kurfürstl. Regierung nicht verkannt, daß jeder der beiden widerstehenden Ansichten rechtliche Gründe zur Seite stehen, wiewohl der §. 7 der gedachten Verfindung sich besonders für die Annahme einer beschränkten Kompetenz geltend machen läßt. In dem übrigen die jüngste Thronrede zwar die Vereinbarung des neuen Wahlgesetzes als die wesentliche Aufgabe des jetzigen Landtages bezeichnet, jedoch weitere landesherrliche Entschlüsse ausdrücklich vorbehielt, waren bereits sonstige Vorlagen an den Landtag in Aussicht gestellt, und hofft man sich, nachdem die im Schoße der Regierung verbliebenen behalfigen Anstände beseitigt worden sind, nunmehr mit dem Landtage, welcher in der Kürze wieder zusammentreten wird, deshalb zu verhandeln.

Wenn sich hiermit der bezügliche Inhalt des gebrühten Schreibens Eure Excellenz von selbst erledigen dürfte, so sehe ich mich gleichwohl für die Folge in die Nothwendigkeit gesetzt, gegen die eventuell in Aussicht gestellte einseitige Gemüthsmeinung in die inneren Angelegenheiten eines unabhängigen und selbständigen Bundesstaates im Namen der kurbessischen Regierung und des Landes, sowie im Interesse aller souveränen deutschen Bundesfürsten hiermit Verwahrung einzulegen.

Genehmigen Eure Excellenz den Ausdruck meiner ausgedehntesten Hochachtung. Der mit der einwilligen Verlesung des Ministeriums des kurfürstl. Hofes und der auswärtigen Angelegenheiten beauftragte Staatsrath v. Dehn-Röfeler.

Hr. Excell. dem l. preussischen Ministerpräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. v. Bismarck in Berlin.

**Kassel, 3. Dez. (Fr. Z.)** Aus gut unterrichteter Quelle können wir mittheilen, daß vor dem Wiedereintritt der Minister zwischen ihnen und dem Kurfürsten Ueber einstimmung in folgenden Punkten erzielt wurde: Als baldige Einberufung des Landtags, Vorlage des Staatsgrundsatzes, Vorlage der durch die Landeswohlthat gebotenen und von der Regierung wiederholt als dringend bezeichneten Gesetzentwürfe (Schulbank, Fulda-Debrauer Bahn), sowie Vorlage der provisorischen Gesetze. Dagegen haben die Minister erklärt, die Regierung werde nie den Standpunkt als den berechtigten anerkennen, daß die seit Aufhebung der Verfassung von 1831 einseitig oder mit Zustimmung der Stände nach dem Wahlgesetz von 1852 erlassenen Anordnungen und Gesetze rechtsungültig seien. Die Rechtsbeständigkeit aller unter Herrschaft dieser Gesetze begründeten Verhältnisse wird die Regierung darnach stets vertreten. In diesem Punkte steht die Auffassung, die die Verfassungspartei während des ganzen Verfassungskampfes verfochten hat, direkt entgegen. Heute fand Sitzung des Gesammtstaatsministeriums statt. — Hauptmann a. D. Dörr, der Verfasser der gegen v. Haynau gerichteten Broschüre: „Staatsdiener und Staatsgewalt“, ist der Schwager und resp. Schwiegervater der Flügeladjutanten v. Schwabe, die beim Kurfürsten in hoher Gunst stehen. Dadurch gewinnt die Erklärung des Hrn. Dörr ein ganz besonderes Interesse.

**Waldeck, Ende Nov. (Z. f. N.)** Die Gewerbebefreiheit wird, nachdem das betreffende Gesetz die fürstliche Sanction erlangt hat, mit dem 1. Jan. f. J. für das Fürstenthum ins Leben treten. Zum selbständigen Gewerbebetrieb ist fortan nur die Anmeldung zu demselben und die Zahlung einer Gewerbesteuer erforderlich.

**Berlin, 3. Dez.** Der „Kreuz-Ztg.“ zufolge ist es nicht wahr, daß betreffs der Ergebnissadressen eine neue Anordnung getroffen sei. Daß die Zahl sich verringere, verleihe sich von selbst. Auch in den nächsten Tagen siehe der Empfang mehrerer Abordnungen bevor. — Nachdem die „Kreuz-Ztg.“ vor einigen Tagen auf eine durchgreifende Purifizierung des Beamtenstandes gedrungen hat, weist sie heute auf Gerüchte hin, die über „bevorstehende Veränderungen in höheren Verwaltungskreisen“ zirkuliren sollen; dabei werden auch „einige der früher zur Disposition gestellten Verwaltungsbeamten genannt.“ — Schulze-Delitzsch sprach am 29. Nov. in Frankfurt a. d. O., am 30. Nov. in Breslau. An letzterem Orte sagte er u. A.:

Wenn in Preußen Friedrich der Große jetzt zurückkehrte, er würde sich nicht beklagen wie am Ende seines Lebens, „er sei es müde, über Sklaven zu herrschen“; er würde ein bewußtes Volk, seine großen Ziele würdigend, finden, an der Spitze eines in Begeisterung sich hingebenden Volkes stehen, und er würde nicht einfaem seinen großen Gedanken nachzuhängen haben. (Wiederholter lebhafter Beifall.) In diesem Jahrhundert ist es anders geworden; die Völker sind, Dank den Bestrebungen jener großen Männer, herangereift, sie sind jetzt den Fürsten voraus; sie werden nicht mehr nachgezogen, sie ziehen jene nach sich! (Lebhafter Beifall.) Aber nun kommt es darauf an, daß wir Alle, Alle, ein Jeder an seinem Orte, an dieser großen nationalen Arbeit mit Theil nehmen. (Bravo.) Ja, große Opfer und Kämpfe werden kaum vermieden werden können, ehe der deutsche Gedanke sich verwirklicht. Gar zu viel Interessen auswärtiger Mächte nützen sich an die Machtlosigkeit Deutschlands, und ihnen kann nur die Macht selbst begegnen. Es wird ein Entscheidungskampf werden von Macht gegen Macht, der am letzten Ende die Sache entscheidet. Mit ruhigem Blick sehe ich in die Zukunft; mit uns ist viel; die Kernhaftigkeit der deutschen Nation, die, trotz aller Mißhandlung, nicht gebrochen und demoralisirt ist; mit uns ist das ewige Entwicklungsgefeß der Geschichte; mit uns vor Allem ist die Noth des Vaterlandes. Die Zeit ist vielleicht näher, als Viele glauben mögen; da wird man das Volk brauchen, meine Herren, und das Volk wird wie in der großen Erhebung von 1813 Thron und Vaterland ergreifen. Das Volk hat aber gelernt seitdem, und es wird bei aller Hingebung für den Kampf zuvor die Garantie seiner nationalen Größe und seines inneren Rechtslebens festzustellen wissen. (Lebhaftes Bravo.) Und dann, meine Herren, wenn jene großen Kämpfe durchgerungen sind, wir älteren Männer werden vielleicht die schöne Zeit nicht erleben, dann wird kein Zweifel sein in unserem Vaterlande, dann werden Regierungen und Volkvertretungen und das Volk die rechte Stelle zu einander gefunden haben, und hoffentlich auch das rechte Vertrauen. Und dann werden nicht diejenigen, die da meinen, die Völker seien nicht ihrer selbst wegen da, sondern um irgend wie ausgebeutet zu werden für Sonderinteressen, nicht wieder treten zwischen Fürsten und Volk, und jenes klägliche Mißtrauen sieren, was der Entwicklung unserer Zustände so bedenklich entgegentritt. Dann wird eine Regierung hier sein und hoffentlich auch in den Nachbarländern, welche ihre Stärke nicht darin sucht, daß sie dem Geisse des Volkes entgegentritt kann, sondern darin, daß sie getragen von dem Volkgeiste ihre Bahnen wandelt. Möge der Himmel unser schönes Vaterland und unser edles Preußenvolk recht bald dahin führen!

Ein Konstitutioneller hatte als Vorsitzender den Redner bei seinem Eintreten in den Saal begrüßt; ein Konstitutioneller, der Abgeordnete Prof. Köppl, brachte ihm nachher über Tisch ein Becherglas.

**W.P. Wien, 3. Dez.** Wie man versichert, sind für die nächste Zeit wichtige Veränderungen in den Reihen unseres diplomatischen Korps bevorstehend. Graf Apponyi, der derzeitige Botschafter in London, soll an Stelle des eventuell zu einer andern Dienstleistung bestimmten Fhrn. v. Bach den Botschafterposten in Rom übernehmen, während Graf Karolyi, dormaliger Gesandter am Berliner Hofe, für den Botschafterposten in London auserseren sein soll.

Die Finanzkommission des Herrenhauses beantragt die Verlängerung des Bankprivilegiums auf 14 Jahre, die Drittelbedeckung der Noten bis zum Belauf von 350 Millionen, zudem für jede Note darüber hinaus die volle Baarbedeckung, und endlich die Verzinsung des bleibenden Darlehens mit etwa 1.32 Proz. Die „Presse“ bezeichnet diese in der Finanzkommission beantragten Abänderungen an dem Entwurf des Abgeordnetenhauses als schlechthin unannehmbar. Die „Morg.-Post“ kann sich ebenfalls

nicht für die Beschlüsse der Kommission begeistern und sieht in ihnen eine Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage.

**Frankreich.**  
**Paris, 4. Dez.** Nach Berichten aus Turin ist es also Hrn. Cassinis nicht gelungen, ein Ministerium zu bilden. Cassinis, ehemaliger Justizminister unter Cavour, ein Mann von untergeordneter Bedeutung und ohne Farbe, der sich mit Kollegen gleicher Art umgeben hätte, würde dem König, welcher vor Allem ein zu entschieden englisches Ministerium — wie Ricajoli — fürchtet, — auch zu einem Ministerium nur im äußersten Fall greifen möchte, allerdings entsprochen haben. Nun hat B. Emanuel den Präfecten von Turin mit Bildung eines Ministeriums beauftragt. Hr. Pasolini ist ein Mailänder und genießt in Turin des Rufes eines Ehrenmannes. Das italienische Parlament will aber kein Transaktionsministerium, es will ein Ministerium, aus der Majorität der Kammern hervorgegangen, und es ist deshalb mindestens noch zweifelhaft, ob Hr. Pasolini glücklich sein wird als Hr. Cassinis. — Obgleich die Kandidatur des Prinzen Alfred vom Cabinet von St. James aufgegeben wurde, ist die „France“ noch keineswegs beruhigt. Sie befürchtet, daß der Entschluß der englischen Regierung, die griechische Krone erst nach gechehenem Votum auszusprechen, irgend ein zweideutiges Manöver verberge, um dahin an Stelle des Prinzen Alfred einen andern, den britischen Interessen und britischem Einflusse ergebenen Kandidaten durchzusetzen. Die „Patrie“ ihrerseits erfährt aus Wien, daß der bayerische Hof bei einer der Schatzmächte nun doch Schritte zu Gunsten eines Prinzen des bayerischen Hauses gethan und gleichzeitig erklärt habe, daß er den Bestimmungen des Art. 40 der griechischen Konstitution entsprechen würde. — Nach Privatmittheilungen aus Vercruz soll das Auftreten des Generals Forey gegenüber seinen Vorgängern im Kommando und das Fortbauern seiner Beziehungen zu dem Hrn. Dubois de Saligny unter den Truppen wenig Beifall finden. Was seinen Marsch von Vercruz nach Drizaba betrifft, so erfahre ich, daß von den 800 Mann und 14 Offizieren, mit welchen er diese Stadt verließ, nur 250 Mann und 4 Offiziere mit ihm in Drizaba anlangten. Die Uebrigen blieben in den Ambulanz zurück. — Marschall Druano, Gouverneur der Invaliden, ist bedenklich erkrankt. — Hr. v. Persigny widerlegte sich, wie man versichert, dem Eintritte des Hrn. Crancier aus Cassagnac in die Redaktion des „Pays“. Ebenso schlug er ihm die Konzeption zu einem neuen Blatte ab. — Die Dampfregatte „Cacique“ hat Befehl erhalten, Sonntag Abend zur Verfügung des Fürsten de la Tour d'Auvergne in Marseille zu sein. Montag wird sich der Gefandte nach Civita Vecchia einschiffen. — Der Dampfer „Seine“ hat Befehl erhalten, mit 800 Mann Marineinfanterie nach Cochinchina abzugeben. — Die Börse war sehr flau, trotz weber die Pant von England noch jene von Paris ihren Disconto erhöhte. Rente schließt 70.50, Mobilier 1110, ital. Anl. 71.10.

**Paris, 4. Dez.** Baron Budberg ist gestern hier angekommen und hat, wie der „Temps“ wissen will, eine Erklärung des Petersburger Kabinetts mitgebracht, welche die Anerkennung russischer Seite des Protokolls von 1830 bestätigt wird; und zwar soll nicht allein die russische Kaiserfamilie, sondern auch die „Zivilfamilie“ des Kaisers, zu welcher der Herzog von Leuchtenberg gehört, von dem griechischen Thron ausgeschlossen sein. Es wäre diese Erklärung als conditio sine qua non für die Zurückziehung der Kandidatur des Prinzen Alfred von England gefordert worden, ohne daß dieses jedoch vor der Wahl des griechischen Souveräns seine Ablehnung offiziell aussprechen würde.

Aus Pisa erfährt man, daß die Wunde Garibaldi's, seitdem die Kugel ausgezogen ist, in voller Heilung begriffen ist. Er hat an das Garibaldi-Komitee zu London einen Brief geschickt, worin er die besten Nachrichten über sein Befinden gibt, und verspricht, so wie der Augenblick gekommen, das Begehrn wieder aufzunehmen.

Nach der „France“ will das englisch-hellenische Komitee, wie es sich in einem Rundschreiben an alle Provinzialkomitees ausgedrückt hat, energisch die Kandidatur des Prinzen Alfred aufrecht erhalten.

**Großbritannien.**

**London, 3. Dez.** Ueber den Sturz des Ministeriums Rattazzi bemerkt die „Times“:

Seit Garibaldi's Niederlage und seit die französische Regierung so förmliche Erklärungen über die römische Frage abgegeben hat, haben wir in England Alle eingesehen, daß die Regierung B. Emanuel's nichts Besseres thun konnte, als für den Augenblick die römische Frage ruhen zu lassen und ihre Aufmerksamkeit den innern Fragen der Verwaltung zuzuwenden. Aber die Italiener, die im konstitutionellen Leben noch Neulinge sind, lassen ihren Grimm über das Unglück von Aspromonte und über den französischen Ministerwechsel an ihren eigenen Führern aus. Sie übertreiben Rattazzi's Schwächen in's Unermessliche, und machen einen Sündenbock aus ihm. Aber Rattazzi fällt, nicht weil er unter dem Mittelmaß gewöhnlicher Schönwetter-Minister steht, sondern weil Italien einen Steuermann braucht, der einem sehr gewaltigen Sturm gewachsen ist. Was Rom betrifft, so können wir nicht einsehen, daß die Italiener sonderlichen Grund zur Unzufriedenheit oder Verzweiflung haben. In der That leidet Italien an den Folgen der zu großen Schnelligkeit, mit der Sardinien seine verschiedenen Provinzen verschlang. Es wird wenigstens 2 Jahre dauern, ehe das Königreich, wie es jetzt besteht, auch nur in militärischen und amtlichen Dingen zu einer gewissen Gleichartigkeit gelangen kann. Ein noch längerer Zeitraum wird nötig sein, um die beiden Sizilien zu verschmelzen. Aber was sind 2 oder 5 oder selbst 10 Jahre im Leben einer Nation? Wenn Italien unter seinem neuen Ministerium sich ernstlich damit befassen will, das bereits Gewonnene zu regeln, so zweifeln wir nicht, daß ihm alles Uebrige zur rechten Zeit zu fallen wird.

In Manchester fand gestern ein Grasschafts-Meeting im Interesse der nothleidenden Fabrikarbeiter statt. Lord Derby zeichnete 5000 Pfd. St.; mehrere andere Edelleute je 2000 Pfd. St. Die Summe der gezeichneten Beiträge

wird vom „Herald“ auf 50,000 Pfd. St. von der „Times“ sogar auf 130,000 Pfd. St. geschätzt. — Gestern Abend sind in den Straßen Londons wieder mehrere Raubfälle begangen worden. Außerdem kommt es vor, daß ehrliche Leute einander im Dunkeln für Spitzhüben halten und sich gegenseitig mit dem Life-preserver (fog. „Tobtschläger“) bearbeiten. — Conf. 92 1/2.

**Amerika.**

**Neu-York, 19. Nov. (Per „City of Baltimore“)** Die Unionisten haben keinen Versuch gemacht, den Mississippi zu überschreiten. Sie haben die Nordseite des Stromes besetzt. Die Südlischen stehen auf der Südseite und besetzen die weulich von den Unionstruppen geräumten Stellungen. Sie machen auch Bewegungen in der Umgebung von Harpers Ferry. Die Potomac-Armee ist nach Falmouth, der Vorstadt von Fredericksburg, vorgerückt. Fredericksburg wurde zur Uebergabe aufgefordert und den Weibern, Kindern und andern Nichtkämpfern eine Frist von 16 Stunden zum Abzug gestattet. Die Stadtbehörden erwiederten, die Einwohner würden aufhören, den Südlischen beizustehen, aber die Stadt nicht übergeben. Sie beklagen sich auch über die kurze Frist, die den Weibern und Kindern zum Abzug gegeben worden. General Lee steht in der Nachbarschaft einer großen südlichen Streitmacht. General Longstreet lagert außerhalb von Fredericksburg, und man sieht einer Schlacht um den Besitz der Stadt entgegen. Der „Monitor“ hat den Potomac verlassen, wie man glaubte, um nach dem Jamesflusse zu gehen und mit der Landarmee gegen Richmond zu kooperieren. Die ganze Woche hindurch sind schwere Regengüsse gefallen, und der Sturm erstreckt sich über den ganzen Norden und im Süden bis Virginien. — Die Unionsflotte, die unlängst im Meerbusen von Mexiko lag, ist nach dem Mississippi zurückgekehrt. Die südlichen Blätter behaupten, daß die Unionisten St. Marys in Georgia angegriffen hätten, aber zurückgeschlagen worden seien; da sie nicht zu landen vermochten, zerstörten sie die Stadt mit ihren Kanonenbooten. General McClellan ist in Neu-York angekommen. Man brachte ihm ein Ständchen, und er hielt eine Rede, die mit vielem Enthusiasmus aufgenommen wurde. Seine Stabsoffiziere sind ihrer Haft entlassen worden. Ueber 100,000 unionistische Soldaten stehen auf der Krankensliste. Die südlichen Blätter veranschlagen den von den Südlischen durch Krankheiten und auf dem Schlachtfelde erlittenen Verlust auf 75,000 Mann. — Der Prozeß des Polizeisuperintendenten Kennedy wegen der ungeschicklichen Verhaftung von Mrs. Brinsmade ist in Neu-York im Gange. Die „New-York Times“ sagt: „Die Zeit wird kommen, wo Amerika England zwingen wird, für die vom „Alabama“ angerichteten Verheerungen Ersatz zu leisten. Die wirksamste Arznei für den innern Groll der Parteien wird ein ein- oder zweijähriger auswärtiger Krieg sein. England hat sein Möglichstes gethan, um Amerika in der Stunde seiner Noth niederzuschlagen, und Amerika wird England dafür haften, bis der letzte jetzt lebende Amerikaner ins Grab sinkt.“ — Republikanische Blätter sagen, der Präsident werde in seiner nächsten zu erwartenden Botschaft an den Kongreß seine Emanzipationspolitik, sowohl in Bezug auf die Sklaverei in den Grenzstaaten, sowie auf die Befreiung der Sklaven in allen Staaten, die sich am 1. Januar noch in Empörung befinden sollten, wiederholen und von neuem verpflichten.

**Baden.**

**Karlsruhe, 5. Dez.** Nächsten Samstag 6. d. werden die seit mehreren Jahren üblichen Wintervorlesungen wieder ihren Anfang nehmen. Die erste Vorlesung wird Hr. Dr. Pagenstecher aus Heidelberg halten; ihr Gegenstand ist das Meer.

**Mannheim, 5. Dez.** Hr. Ministerialrath Ricolay, Mitglied des großh. Handelsministeriums, befindet sich seit zwei Tagen hier und konferirt mit der großh. Handelskammer. Es soll sich dabei um Verkehrsangelegenheiten handeln. Unsere Main-Neckar-Eisenbahn-Angelegenheit, in welcher beinahe eine Petition dem Handelsministerium überreicht wurde, findet im Großherzogthum Hessen durch die Bewohner des „Niederrhein“ kräftigste Unterstützung, und soll die großh. hessische Regierung nicht ungünstige Absichten zu erkennen gegeben haben.

**Freiburg, 3. Dez. (Ztg. f. S.)** Nachdem das neue Gewerbegesetz bestimmt hat, daß künftig das Verhältnis zwischen den Handwerksmeistern und deren Gehilfen lediglich Gegenstand vertragsmäßiger Uebereinkommnisse sei und etwaige Streitigkeiten zwischen solchen vor den Richter gehören, ist es nothwendig geworden, die einzelnen Rechte und Pflichten des Arbeitgebenden und Arbeiters so genau festzustellen, daß Streitigkeiten einfach nach der getroffenen Uebereinkunft entschieden werden können. Die Gemeindebehörde, in richtiger Würdigung der Tragweite dieser Vorschrift, hat nun eine Dienordnung für Gewerbetreibende und deren Gehilfen unter Zug der Innungspräsidenten entworfen, welche voraussichtlich in den meisten Geschäften dahier eingeführt werden. Sie bestimmt kurz die Arbeitszeit, die Pflichten der Gehilfen, die Zahltage, Gründe zur Aufkündigung und zum Austritt, und einzelne Strafzujüge. Diese Ordnung ist in Form eines Formulars verfaßt, in das Jeder die näheren Bestimmungen selbst hineinschreiben kann. Die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung ist schon in mehreren Städten des Landes ebenfalls erkannt worden und wird diese bald allenthalben Nachahmung finden.

**Bermischte Nachrichten.**

**Leipzig, 3. Dez.** Unter den Inseraten der „Leipz. Z.“ befindet sich wieder eine „Erklärung“ für den Handelsvertrag mit Frankreich aus Schöndelbe, worin 20 Firmen sagen, daß sie die Aufrechterhaltung des von der Staatsregierung und den Landständen einstimmig angenommenen Handelsvertrags mit Frankreich für die deutsche und namentlich sächsische Industrie eben so förderlich erkennen, als sie die Erhaltung des Zollvereins und späteren Anstrebens des freieren Verkehrs mit Oesterreich als dringend nötig ansehen müssen.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

